Senator für Bildung und Wissenschaft

17.02.2007
Frau Moning
6547

Vorlage L 250/ G 199
für die Sitzung der Deputation für Bildung
am 08.03.2007

Jahresabschluss des Haushalts 2006 – Produktplan Bildung

A. Problem

Der Deputation wird mit dieser Vorlage
- der Controllingbericht auf der Ebene der Produktbereiche, 13. Monat 2006 (Anlage 1) sowie der
- Jahresabschluss 2006 für den Produktplan Bildung

zur Kenntnis gegeben.

B. Lösung

I. Produktbereichscontrolling, 13. Monat 2006

In der Anlage 1 ist für den Produktplan 21 der Controllingbericht für das Gesamtjahr 2006 (13. Monat) auf Produktbereichsebene beigefügt.
Darin sind die kameralen Daten (Einnahmen und Ausgaben), die Personaldaten (Einnahmen, Ausgaben, Stellenvolumen und Personalstruktur) sowie die Leistungsdaten nach Plan- und Istwerten dargestellt.

In der Zusammenfassung aller Zahlungsströme – unabhängig von ihrem Verpflichtungsgrad – ergibt sich folgendes Bild für den Produktplan Bildung:

	Ist	**Plan**	**Abweichung**
	in Tsd. Euro		
Konsumtive Einnahmen	17.458	19.326	-1.868
Investive Einnahmen	7.326	7.326	0
Gesamteinnahmen	**24.784**	**26.652**	**-1.868**
Personalausgaben*)	284.838	287.308	-2.470
Konsumtive Ausgaben	183.687	190.442	-6.755
Zinsausgaben	63	63	0
Investive Ausgaben	24.963	28.559	-3.596
Gesamtausgaben	**493.551**	**506.372**	**-12.821**
Saldo	**468.767**	**479.720**	**-10.953**

Ohne Verrechnungen/Erstattungen innerhalb des bremischen Haushaltes
*) inklusive Korrekturbuchung im 14. Monat

Auf der Grundlage der oben dargestellten Ist-Ergebnisse im 13. Monat wird der Jahresabschluss erstellt.

II. Jahresabschluss 2006 – Produktplan Bildung

Aus den Zahlungsströmen des kameralen Haushalts sind zur Feststellung des Jahresabschlusses und der Mittelübertragbarkeit die jeweiligen Verpflichtungen herauszuarbeiten. Nach Ausgleich der Mehrausgaben und Mindereinnahmen (differenziert nach Ausgabe/Einnahmearten und dem Haushalt der Stadtgemeinde Bremen und dem Landeshaushalt) ergibt sich in der Zusammenfassung aller Produktgruppen für 2006 ein Ergebnis, in dem die Mehreinnahmen und Reste / Rücklagen wie folgt dargestellt werden können:

	Reste/Rücklage 2006 in €		
Einnahme/Ausgabeart	**Land**	**Stadt**	**Gesamt**
1. Einnahmen			
Konsumtiv	0	0	**0**
Investiv	0	0	**0**
2. Personalausgaben			
rücklagefähige Personalausgaben (allgemeine Budgetrücklage)	2.767	294.718	**297.485**
rücklagefähige Personalausgaben (Altersteilzeitrücklage)	0	6.173	**6.173**
Ausgabereste (zweckgebunden)	1.344	2.198.176	**2.199.520**
3. konsumtive Ausgaben			
Ausgabereste (übertragbar)	1.439.245	3.142.031	**4.581.276**
4. Investitionsausgaben			
Ausgabereste (rücklagefähig)*	164.171	3.703.680	**3.867.852**

*) inklusive Korrekturbuchung im 14. Monat

Zu den einzelnen Positionen in der Tabelle werden folgende Erläuterungen gegeben:

Zu 1. Einnahmen

Im Controllingbericht werden Mindereinnahmen in Höhe von 1,9 Mio. € dargestellt. Diese entstanden zum einen im Bereich Ausbildungsförderung. Im Jahresabschluss wurden sie durch die korrespondierende Ausgabeposition ausgeglichen.
Eine weitere Mindereinnahme entstand bei der Position „Entgelte für den Besuch von Berufsschulen durch Umschüler“, hier wurde ein Ausgleich durch Minderausgaben im Stadthaushalt geschaffen.

Grundsätzlich weisen diese Mindereinnahmen auf die Bildung eines zu hohen Einnahmeeckwerts bei der Haushaltsaufstellung hin. Zur Vermeidung künftiger Unterdeckungen muss daher bei der Haushaltsaufstellung für die nächsten Jahre eine Senkung des Einnahmeeckwertes erreicht werden.

Zu 2. Personalausgaben

Die übertragbaren Minderausgaben im Personalbereich von ca. 2,2 Mio. € resultieren ausschließlich aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von Drittmitteln (Modellversuche und ESF-Mittel) und müssen daher auf das Jahr 2007 übertragen werden.

Der allgemeinen Budgetrücklage können aus dem Kernbereich insgesamt 0,3 Mio. € zugeführt werden.

Zu 3. Konsumtive Ausgaben

Die übertragbaren konsumtiven Minderausgaben in Höhe von rd. 4,6 Mio. € sind zweckgebunden, es handelt sich um Ausgaben in folgenden Ausgabebereichen:

- Rücklage Schulen 2,2 Mio. €
- Modellversuche/ESF-Projekte 1,5 Mio. €
- Privatschulen 0,2 Mio. €
- andere zweckgebundene Mittel von Dritten (WIN, Spenden, Ortsämter, Elternbeiträge, Startprogramm etc.) 0,7 Mio. €

Diese Mittel müssen entsprechend ihrer Zweckbindung in das Jahr 2007 übertragen werden.

Zu 4. Investive Ausgaben

Im Haushaltsjahr 2006 ist eine investive Rücklage von 3,9 Mio. € entstanden.

Davon sind 0,3 Mio. € zweckgebundene Mittel für Baumaßnahmen, die u.a. von der Stiftung Wohnliche Stadt bezuschusst wurden. Außerdem sind 0,8 Mio. € der investiven Rücklage der Schulen zuzuordnen. Die übrigen Mittel sind gebundene Mittel für bereits in Auftrag gegebene nutzerbezogene Baumaßnahmen.
Die investive Rücklage muss im Jahr 2007 zur Ausfinanzierung der Baumaßnahmen zur Verfügung stehen.

III. Haushalt 2006: Vergleich der Haushaltsjahre 2002 bis 2006

Zur besseren Übersichtlichkeit der Ausgaben im Produktplan Bildung werden folgende vergleichende Tabellen dargestellt:

Tabelle 1:

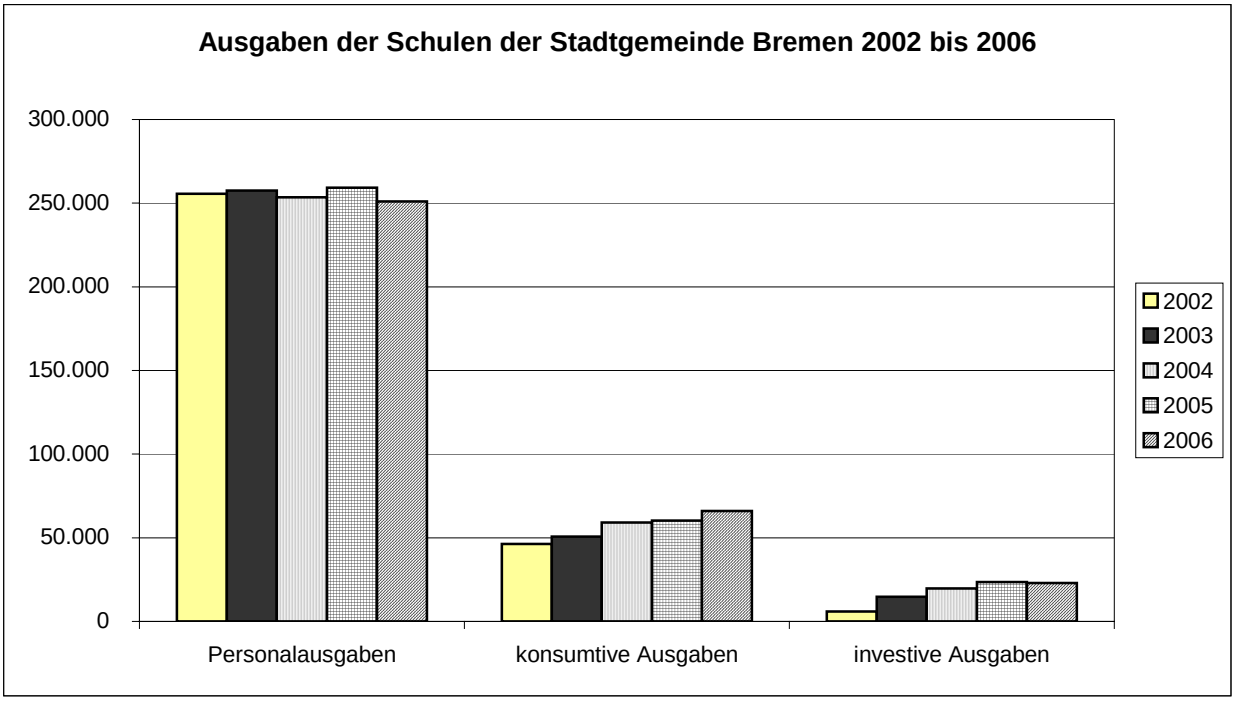


Tabelle 1 stellt die Entwicklung der Ausgaben für die Schulen der Stadtgemeinde Bremen von 2002 bis 2006 dar.

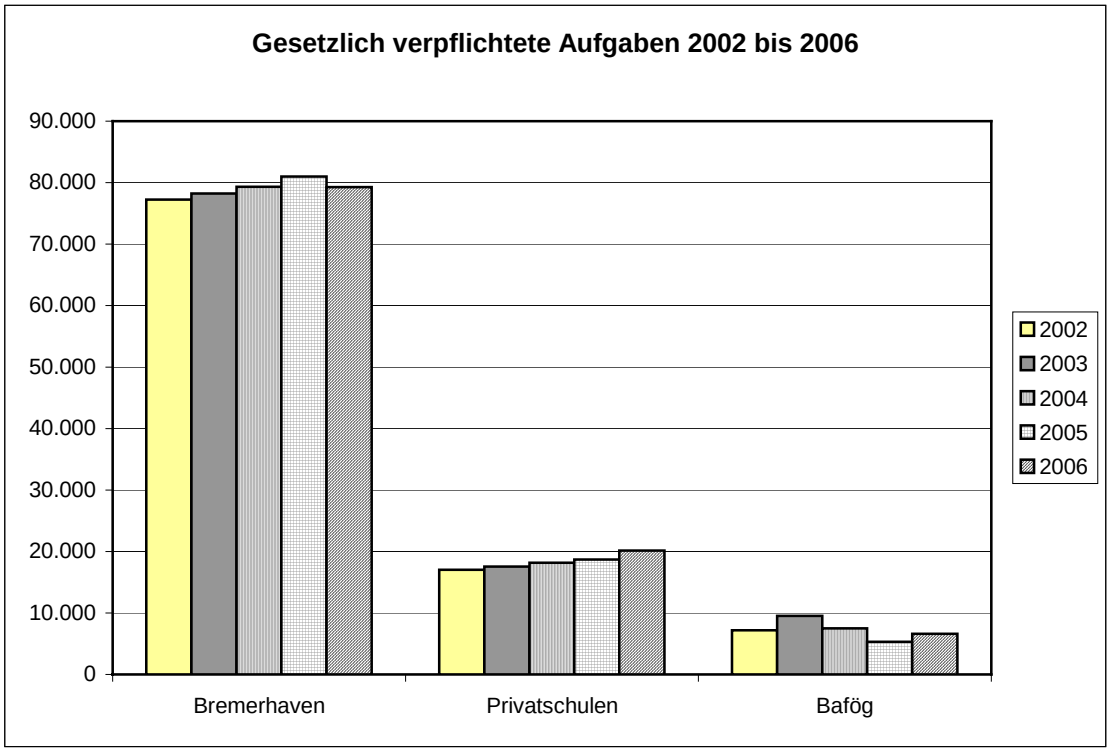
Die kontinuierliche Steigerung bei den konsumtiven Ausgaben resultiert aus:

- der Verlagerung der Hausmeisterdienste aus dem Personalbudget in den konsumtiven Haushalt (2003)
- der inhaltlichen Neugestaltung der Schulen (Verlässliche Grundschule, Ganztagsschule, Vorkurse für Schüler mit Migrationshintergrund, Leseintensivkurse, Projekte zum Abbau der Wiederholerquote, LRS-Kurse, Musik- und Sportprofile etc.)
- Steigerung der Schülerzahl im Rahmen der Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Schüler und Schülerinnen und des Persönlichen Assistenzprogramms
- Umsetzung des Programms „Geld statt Stellen“ (Umwandlung von Stellen in Geld für die flexible Unterrichtsvertretung, das Schulassistentenprogramm und das Programm „Sozialintegrative Maßnahmen“)

Die Steigerung im investiven Haushalt entsteht durch das Bundesprogramm „Zukunft und Betreuung“ für Baumaßnahmen und Ausstattung von Ganztagsschulen und dem ergänzenden stadtbremischen Programm.

Die Senkung bei den Personalausgaben entsteht aus der Umwandlung von Stellen in Geld und den Veränderungen im Tarif- und Besoldungsrecht.

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der gesetzlich verpflichteten Aufgaben im konsumtiven Haushalt:



Die Ausgaben für die Privatschulen im Lande Bremen sind gestiegen. Grund ist der Beschluss, in drei Stufen den Zuschuss pro Privatschüler/in an den Bundesdurchschnitt anzupassen. Die 3. Erhöhungsstufe ist zum Schuljahr 2006/2007

erfolgt. Außerdem werden ab 2006 die International School of Bremen als anerkannte Ergänzungsschule und zusätzlich ab 2006/2007 die Waldorf-Schule Bremen Nord und die GYO der Schule St. Johannis finanziert.
Die Zahlung an Bremerhaven für Personalkostenzuschüsse der Lehrkräfte ist gesunken. Dies liegt an der Umsetzung des neuen Tarifvertrages und der Neuregelung der Sonderzuwendungen für Beamte.
Im Bereich der Bundesausbildungsförderung sind die Ausgaben gesunken. Grund hierfür ist, dass die prognostizierte Anzahl der geförderten Schüler um 276 unterschritten wurden wurde (siehe auch Erläuterung zu Produktbereich 21.05).

C. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung nimmt den Controllingbericht und den Jahresabschluss 2006 zur Kenntnis.

In Vertretung

Dr. Wewer
Staatsrat

Anlage 1: Produktbereichs-Controlling 13. Monat 2006